

## ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHME

Amt/Eigenbetrieb und ggf. beteiligte Ämter:

Fachbereich Immobilien, Bauverwaltung und Wohnen

Abteilung Wohnen

Betreff:

Drucksachennummer:  
Sachstandsbericht Mozartstr. 17 - 23

Beratungsfolge:

BV Hohenlimburg 29.11.2017

Die Stadt Hagen steht seit fast einem Jahr in Kontakt mit dem mit der Verwaltung der Häuser Mozartstr. 17 – 23 bevollmächtigten Unternehmen und der beauftragten Aufzugsfirma.

Da die Aufzüge trotz des ständigen Dialogs zwischen der Stadt Hagen und den beauftragten Unternehmen längerfristig nicht betriebsbereit waren, wurde die Eigentümerin mit Schreiben vom 30.05.17 zur freiwilligen Abhilfe unter gleichzeitiger Anhörung gemäß den Richtlinien nach dem Wohnungsaufsichtsgesetz NRW (MAG NRW) aufgefordert.

Der Fachbereich Immobilien, Bauverwaltung und Wohnen wurde regelmäßig darüber in Kenntnis gesetzt, dass diverse Maßnahmen ergriffen worden sind. Diese führten allerdings nicht zu dem gewünschten Erfolg. Weiterhin mussten für eines der Häuser umfangreiche Reparaturen in Auftrag gegeben werden, die mit ca. 25.000,00 € veranschlagt wurden.

Daher wurde am 22.06.17 eine Instandsetzungsanordnung unter Androhung eines Zwangsgeldes für die Häuser Mozartstr. 17 und 19 erlassen. Die Bemessung des angedrohten Zwangsgeldes orientierte sich unter anderem an den voraussichtlich entstehenden Kosten für die erforderlichen Reparaturmaßnahmen.

Der Abschluss der erforderlichen Arbeiten wurde bis zum 25.08.17 in Aussicht gestellt. Am 28.08.17 wurde durch eine örtliche Kontrolle festgestellt, dass die Aufzüge wieder in Betrieb waren. Die Instandsetzungsanordnung vom 22.06.17 musste somit als erledigt betrachtet werden.

Nachdem die Aufzüge im Oktober erneut - und diesmal in allen Objekten - ausgefallen waren, war zunächst angedacht, das mit Schreiben vom 22.06.16 angedrohte Zwangsgeld festzusetzen. Allerdings musste nach erneuter Prüfung der Sach- und Rechtslage davon abgesehen werden; stattdessen wurden neue Instandsetzungsanordnungen unter Androhung eines Zwangsgeldes in Höhe von jeweils 5.000,00 € erlassen. Bei der Bemessung des Zwangsgeldes musste berücksichtigt werden, dass die Eigentümerin der Objekte bereits umfangreiche Reparaturen durchführen ließ. Die Festsetzung des Zwangsgeldes in der beabsichtigten Höhe wäre nicht mehr gerechtfertigt gewesen.

Am 17.11.2017 wurde der Nachweis erbracht, dass die Aufzüge in den Häusern 17, 21 und 23 wieder in Betrieb sind, so dass die jeweiligen Instandsetzungsanordnungen zurückgenommen werden mussten. Für die notwendige Reparaturdauer des Aufzuges in dem Haus Nummer 19 wurde der Eigentümerin eine Fristverlängerung bis zum 27.11.2017 gewährt.

Abschließend weist die Verwaltung darauf hin, dass sie die Objekte im Fokus hat, aber bei der Ausschöpfung der rechtlichen Mittel nach pflichtgemäßem Ermessen angemessen und zielorientiert zu agieren hat.



**HAGEN**  
Stadt der FernUniversität  
Der Oberbürgermeister

TEXT DER  
STELLUNGNAHME

Datum:  
22.11.2017

2. W.

## Verfügung / Unterschritten

Veröffentlichung

☒ Ja

☐ Nein, gesperrt bis einschließlich

Oberbürgermeister

Gesehen:

Stadtkämmerer

Amt/Eigenbetrieb:

Stadtsyndikus

Gegenzeichnen:

Beigeordnete/r  
Die Betriebsleitung

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:  
Amt/Eigenbetrieb:

Anzahl:

Datum:  
22.11.2017

TEXT DER  
STELLUNGNAHME

Seite 2



**HAGEN**  
Stadt der FernUniversität  
Der Oberbürgermeister